

ISOR e.V.

EntschlieÙung der 8. Ordentlichen Vertreterversammlung am 15. Juni 2022 in Berlin

ISOR hat sich seit ihrer Vertreterversammlung vom 15. Juni 2017 weiter aktiv mit politischen und rechtlichen Mitteln in die Gesellschaft eingebracht und sich im Kampf gegen Sozialabbau und soziale Benachteiligungen weiter profiliert. Sie arbeitet mit anderen Organisationen und Kräften insbesondere im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden zusammen und leistet ihren Beitrag in der Friedensbewegung. ISOR wird sich auch künftig aktiv am Kampf und die Sicherung des Friedens beteiligen.

Durch abweisende höchstrichterliche Entscheidungen wurde die Fortdauer des Rentenstrafrechts weiter in die Verantwortung der Legislative geschoben und die Problemlösung auf den politischen Kampf verwiesen. Wir halten diese Entscheidung für nicht hinnehmbar und werden unsere Forderungen weiter vorbringen, da sie nicht geeignet sind, Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit zu begründen. Nach Sachlage wird damit vorgegeben, dass Gründungsziel, Zweck und Aufgaben von ISOR bisher nicht erreicht sind und der politische Kampf gegen das Rentenstrafrecht und die damit verbundene gesellschaftliche Ausgrenzung, Diskriminierung und Verleumdung ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR weitergeführt werden muss. Protest und Widerstand der Zivilgesellschaft sind folglich auch künftig angesagt und erfordern den organisierten Zusammenschluss der Betroffenen.

Die Vertreterversammlung dankt allen Mitgliedern und Unterstützern unseres bisherigen Kampfes für die geleistete Arbeit, den Vorständen und Mitgliedern anderer Verbände und Zusammenschlüsse - insbesondere des Ostdeutschen Kuratoriums und einzelnen Vertretern und Mitarbeitern verschiedener Parteien für ihre fortdauernde Ermutigung, Ratgebung und Solidarität.

Die Vertreterversammlung hat den Bericht des Vorstands und die bisherigen Ergebnisse zur Überwindung des Rentenstrafrechts bestätigt. Sie hat zugleich Arbeitsrichtungen und Aufgaben festgelegt, wie der Kampf unserer Organisation weitergeführt werden soll. In ihnen wurden insbesondere an die umfangreichen Diskussionen in unseren Basisorganisationen und eine Vielzahl von Stellungnahmen und Positionierungen von Mitgliedern in Vorbereitung der Konferenz berücksichtigt. Sie sind in die neu zu erarbeitende Führungskonzeption des neu gewählten Vorstandes aufzunehmen und weiter zu konkretisieren.

Die Grundrichtung der Arbeit für die kommenden Jahre wird wie folgt bestimmt:

1. Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht bleibt weiter Kernstück der satzungsgemäÙen Arbeit, verlagert sich weiter auf den politischen Bereich und orientiert auf gemeinsame und abgestimmte Aktivitäten mit anderen ostdeutschen Betroffenenverbänden, Gewerkschaften und Menschenrechts-

Organisationen. Bestehende Kontakte zu analogen und ähnlichen Organisationen sind weiter zu entwickeln, zu pflegen und zu verfestigen. Geprüft und erreicht werden sollen gemeinsame Arbeiten der Zivilgesellschaft, insbesondere durch außerparlamentarische Aktivitäten. Beschwerden gegenüber dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen im Rahmen der periodischen Berichterstattungen nach Artikel 16 und 17 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK— Pakt) sind erneut zu prüfen und vorzubereiten.

Weitere Aktivitäten zur innerstaatlichen Beförderung der Durchsetzung sozialer Rechte (z.B. Wahlprüfsteine, konkrete Forderungen in Wahlkämpfen auf Bundes- und Länderebenen) sind situativ zu nutzen.

2. ISOR ist trotz hoher Altersstrukturen und gesundheitlicher Probleme vieler ihrer Mitglieder eine mitgliedsstarke Organisation und soll es bleiben, selbst wenn ein wachsender Teil von ihnen sich aus Alters- und Gesundheitsgründen zurückhaltender verhalten muss. Umso mehr ist erforderlich, die gegenseitige Hilfe und Solidarität untereinander zu pflegen und zu entwickeln. Der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung kommt ein zunehmender Stellenwert als Organisationsaufgabe zu.
3. Zugleich ist unsere Organisation selbst weiter zu festigen und muss den Entwicklungen Rechnung tragen. Unsere Satzung hat sich bewährt. Die politische Führungskonzeption ist den Entwicklungen entsprechend anzupassen und zu überarbeiten, insbesondere einzustellen auf die wachsende Anzahl von Einzelmitgliedschaften und deren Betreuung. Die Vertreterversammlung orientiert erneut darauf, Strukturen, Gliederungen und Informationswege zu überprüfen und effektiv zu gestalten. Betreuungen, gegenseitige Hilfe, Problembesprechungen und auf Wunsch Hilfe in komplizierten persönlichen Situationen nehmen zu (Beistand und Hilfe in Fragen von Mieten, Vorsorge, Sicherung von Eigentumsrechten u.ä., soweit das rechtsförmig nicht an Grenzen stößt oder beschränkt ist).

Der Vorstand wird beauftragt, die Kooperation mit anderen demokratischen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten weiter zu befördern und zu festigen, die aktiv für den Frieden eintreten, sich auf sozial-politischen Gebieten engagieren und ihrerseits Verbindungen zu uns suchen.